

Thomas Eigenthaler zu Gast bei der DSTG Bezirkskonferenz Baden

Thomas Eigenthaler wurde am 8. Juni 2011 als erster Baden-Württemberger überhaupt in der Geschichte der Bundes-DSTG an die Spitze gewählt.

Am 25. Oktober kam er zur DSTG Bezirkskonferenz Baden und war damit schon zum zweiten Mal im Oktober in seiner Heimat. Bereits zur Landeshauptvorstandssitzung am 11. Oktober war Thomas Eigenthaler in den Südwesten gereist.

In seinem Vortrag vor den OV-Vorsitzenden, der Frauenvertretung und der Jugend versuchte er einen Eindruck der politischen Stimmung in Berlin zu vermitteln und einen Überblick zu diversen Themen der DSTG im Bund zu verschaffen:

1. Euro-Krise / ESFS / Bankenkrise / Steuergerechtigkeit

Bei den Gesprächen mit den Politikern in Berlin kommt man immer wieder zum gleichen Ergebnis. Man könnte es mit dem Titel „Denn sie wissen nicht, was sie tun.“ überschreiben. Dabei soll dies noch nicht einmal ein Vorwurf sein. Die aktuelle Krise ist in keinem Handbuch für die Politik vorgesehen. Patentrezepte und Lösungswege sind nicht vorhanden. Niemand hat Antworten auf die Fragen der Zeit. Niemand kann abschätzen, wie alles ausgeht. Man könne zurzeit nur in leere und fragende Gesichter sehen.

In diesem Zusammenhang wies Thomas Eigenthaler auf die Situation der griechischen Finanzverwaltung hin. Diese sei nahezu nicht existent. Wie könnte man sich ansonsten erklären, dass man die neue Gebäudesteuer über die Stromrechnung eintreiben muss. Dieser Umstand sei erschreckend.

Wie furchteinflößend die Situation ist, könne man z.B. auch am Immobilienmarkt in Berlin ablesen. Der Markt sei leergefegt, weil alle sichere Anlagen suchen. Hierbei würde man in Sachwerte regelrecht flüchten.

In Berlin könne man keine Politiker antreffen, die etwas von zusätzlichem Personal für die Steuergerechtigkeit wissen wollen. Man sei mit den Gedanken bei ganz anderen Bereichen und man rechne zurzeit in ganz anderen Größenordnungen. Hierbei würden mehrere Millionen mehr Steuereinnahmen als Peanuts betrachtet. Die Unsummen, die auf dem Papier bewegt werden, könnte keine Betriebsprüfung oder Steuerfahndung erwirtschaften.

2. Bündnis 90 / Die Grünen und die Beamtenschaft

Die Partei bereitet sowohl in Berlin als auch in Stuttgart den Umbau des Beamtenstatus vor. Der Art. 33 GG (Grundsätze des Berufsbeamtentums) steht für sie zur Disposition. Vor diesem Hintergrund seien die Bemühungen von Volker Stich besser zu verstehen. Seine Strategie sei bestimmt nicht verkehrt – nur die Umsetzung könnte manchmal etwas besser sein. Augenzwinkernd meinte Thomas Eigenthaler, dass man einfach merken würde, dass Volker Stich nie Betriebsprüfer gewesen ist.

3. Die DSTG ist strikt gegen Steuersenkungen

Dabei geht es Thomas Eigenthaler nicht darum, dass er nicht dem kleinen Bürger ein paar Euro mehr auf dem Konto gönnen würde.

Das Problem sieht er in einem anderen Punkt:

Da der Staat chronisch unterfinanziert ist, würden diese Steuergeschenke durch Einsparungen in anderen Bereichen wieder reingeholt. Dabei dürften Kürzungen im Personalbereich (also bei uns) an erster Stelle des Maßnahmenkatalogs stehen.

Es muss allen Beteiligten also klar sein, dass Steuersenkungen am Ende durch den öffentlichen Dienst bezahlt würden. Dies könne nicht im Interesse der Mitglieder der DSTG sein.

4. Haushaltslage

Die Zinslasten in Höhe von 42 Mrd. Euro stellen den zweitgrößten Posten im Bundeshaushalt dar. Ohne diese Lasten wäre der Haushalte schon heute nahezu ausgeglichen. Uns holen somit die Sünden der vergangenen Jahrzehnte ein. Hätte man schon zu einem früheren Zeitpunkt die Neuverschuldung gebremst, so wären heute die Zinslasten und damit die Probleme deutlich kleiner.

5. Steuerabkommen: Deutschland – Schweiz

Das Steuerabkommen würde zu einer Straffreistellung in vollkommener Anonymität führen. Als Ablass verspricht sich der Fiskus eine Zahlung aus der Schweiz in Höhe von ca. 1,7 Mrd. €. Bereits die Formel zur Berechnung dieser Zahlung ist ein einziges Mysterium. Dafür bräuchte man kein Jura-Studium oder eine Ausbildung im Steuerrecht sondern ein reines Mathematik-Studium.

Sollte das Abkommen in Kraft treten, könnten die deutschen Finanzämter ganze 500 Kontenabfragen pro Jahr an die Schweiz starten. Dies dürfte kaum für die ersten 2 Wochen eines Jahr reichen. Damit würde sich die Schweiz zum „Alpen-Schutz-Reservat“ entwickeln. Gleichzeitig dürften keine Daten-CDs mehr angekauft werden.

In diesem Zusammenhang hat der Botschafter der Schweiz in Berlin das Gespräch mit der DSTG-Spitze gesucht. Er hat für das Abkommen geworben. Wer hätte auch anderes erwartet.

Eine Tatsache sollte jeden ehrlichen Steuerbürger aufhorchen lassen: Liechtenstein hat bereits in Berlin angeklopft, um ein vergleichbares Abkommen wie mit der Schweiz auszuhandeln.

6. Anhörung zum Thema Geldwäsche

Hier geht es um den Bereich der organisierten Kriminalität. Ganze Stadtteile in deutschen Großstädten sind bereits heute von Mafia-Organisationen unterwandert und dienen ausschließlich dem Zweck, Geld zu waschen.

Nach § 31 b AO sollten bereits heute die Finanzämter sehr viel mehr zur Bekämpfung der Geldwäsche beitragen, als sie tatsächlich noch bewerkstelligen können. Die Belastungsgrenzen sind mit dem täglichen Geschäft bereits überschritten. Da bleibt für diese Nebenkriegsschauplätze einfach keine Zeit mehr.

7. Ausbildungskosten (nach dem aktuelles BFH-Urteil)

Zunächst plante der Finanzminister einen Nichtanwendungserlass. Davon wurde nach einem Gespräch mit der DSTG-Spitze wieder Abstand genommen. Man konnte der Politik verständlich machen, dass dies nur zu einer Klageflut mit dem immer gleichen Ergebnis führen würde.

Nun kam man auf die Idee, dass man jährliche Verlustfeststellungen durchführt – danach würden die Finanzämter wegen Überfüllung geschlossen. Die Politik rechnet mit 400.000 zusätzlichen Fällen. Thomas Eigenthaler als Mann der Praxis rechnet mit deutlich mehr Fällen. Wer wohl am Ende Recht behält?

Der Lösungsvorschlag der DSTG wurde von der Politik als zu teuer verworfen: Um dem Urteil Rechnung zu tragen, soll jeder Berufseinsteiger pro Jahr der Ausbildung einen festen Betrag ohne Einzelnachweis abgezogen bekommen. Ansonsten würde man sich im Dickicht des Werbungskostenbegriffs verlaufen. Oder wie soll ein Student seine zukünftige Einkunftserzielungsabsicht nachweisen, wenn er schon mehrfach die Studienrichtung gewechselt hat? Außerdem darf man sich schon heute auf die diversen Kassenstreifen der Möbelhäuser und sonstige Fresszettel freuen, die als „Wanderzettel“ die Finanzämter gleich mehrfach besuchen.

8. Der Blick soll mehr auf den Innendienst gerichtet werden

In den letzten Jahren wurde die Betriebsprüfung zu sehr in den Mittelpunkt gerückt. Man kann hier natürlich mit Zahlen und Statistiken gut aufwarten. Aber die Veranlagung muss die Masse bewältigen (Rentner, Zivilprozesskosten, Ausbildungskosten etc.). Hier muss das Papier bewegt werden. Außerdem muss man hier die vielen Kleinarbeiten erbringen, die sich in keiner werbewirksamen Statistik niederschlagen. Oder wie will man Verdachtsmeldungen wegen Schmiergeldzahlungen oder Geldwäsche aufbereiten? Der Innendienst ist das Kerngeschäft der Finanzverwaltung. Dies muss wieder ins Bewusstsein gerückt werden.

9. Nachwuchs für die Steuerverwaltung

Eine Forderung der DSTG bestand in den letzten Jahren darin, dass zusätzliches Personal eingestellt wird. In wenigen Jahren wird die Forderung eine ganz andere sein müssen. Die Forderung wird dann darin bestehen, dass frei werdende Stellen überhaupt noch besetzt werden. Dies wird aber schon daran scheitern, dass man für diese Konditionen keine Bewerber mehr finden wird.

Eigenthaler machte es am Saarland fest: Von 1.400 Beamten werden in den nächsten sieben Jahren 800 in Pension gehen. Nachwuchskräfte: Fehlanzeige! Wissenstransfer: Unmöglich! Dann darf immerhin der Letzte das Licht ausmachen.

Am Ende seines Vortrags wurden Fragen aus dem Plenum von ihm beantwortet. Er wies dabei auf die große Außenwirkung vom neu geschaffenen Belast-O-Meter hin.

Eines wurde bei seinem gesamten Vortrag deutlich: Es ist wichtig, auf die Mitglieder zu hören und sie mitzunehmen. Es müsse sehr viel mehr erklärt werden. Dann ließe sich auch der kommunikative GAU der letzten Wochen in Baden-Württemberg vermeiden.

Die Politik ist auf europäischer und wirtschaftlicher Ebene mit ihrem Latein am Ende. Es werde an einem Ende gespart, um das Geld in weiteren Rettungsschirmen zu versenken.

Man wolle aus Kostengründen eine Einzelfallgerechtigkeit herstellen (siehe Ausbildungskosten), übersieht aber, dass gar nicht mehr das Personal vorhanden ist, um die Ausführungsbestimmungen in der Praxis anzuwenden. Kleinkarierte Einzelfallregelungen gehen in grünen Wochen, Monaten und Jahren unter.